



Themen für eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen an den US-Militärbasen Ansbach-Katterbach und Illesheim

A. Fluglärm (Überflug-/Nachtflugverbot)

Die Entscheidung der US-Armee den Standort Ansbach-Katterbach/Illesheim zum einzigen Hubschrauber-Standort in Europa auszubauen, hat für die Bevölkerung der Region erhebliche negative Auswirkungen auf die Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung. So ist der ständige und insbesondere der nächtliche Flugbetrieb mit massiver Lärmbelastung verbunden. Die bisherigen Bemühungen diese Lärmbelastung auf ein für die Bevölkerung erträgliches Maß abzusenken, waren bisher erfolglos. Im Mai 2009 hat der Stadtrat der kreisfreien Stadt Ansbach infolge der Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch militärischen Hubschrauberflüge in einem einstimmigen Beschluss die Novellierung der „Besonderen Bestimmungen über den Hubschrauberbetrieb an den Flugplätzen Katterbach, Illesheim, Erlensee und Wiesbaden-Erbenheim“ vom 06.11.1995, insbesondere ein Überflug- und Nachtflugverbot für die US-Basis Katterbach gefordert.

1. Warum setzt die Bundesregierung diese klare Willensäußerung der Stadt Ansbach nicht um?
2. Warum hat die Bundesregierung den Sachverhalt bisher nicht dem Bundestag und seinen Ausschüssen vorgetragen?
3. Wie gedenkt die Bundesregierung die negativen Auswirkungen der Flugtätigkeit auf Lebens- und Wohnqualität im Umfeld der US-Basis wirksam zu minimieren?
4. Welche Fördermaßnahmen existieren oder sind geplant, die die Eigentümer unterstützen, die Lärmbelastung durch bauliche Maßnahmen zu reduzieren? Sind der Bundesregierung Baumaßnahmen bekannt oder fordert sie von der US-Armee Baumaßnahmen, die die Lärmemissionen der Stützpunkte, etwa beim sog. „Heißbetanken“ der Helikopter verringern?
5. Glaubt die Bundesregierung, dass in Westmittelfranken mit seiner Besiedlungsstruktur ein militärischer Flugbetrieb so gestaltet werden kann, dass die Bevölkerung nicht mehr durch den erheblichen Lärm beeinträchtigt wird? Mit welchen Maßnahmen wäre dies an den beiden Flugplätzen in Illesheim und Katterbach zu erreichen? Was wäre für die Bundesregierung die Konsequenz, falls die Lärmbelastung nicht beseitigt werden könnte?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach Umkehrung der Beweislast in den Fällen, in denen Fehlverhalten der US-Armee gegen bestehende Bestimmungen von BürgerInnen gemeldet wird, da den BürgerInnen per se nicht die Möglichkeiten zur Verfügung stehen, Beweise zu erbringen?

7. Die Regierungsparteien haben in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel festgehalten, militärische Flughäfen und -plätze rechtlich den Zivilen gleichzustellen. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um dieses Ziel zu erreichen? Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Umsetzung 2011?

B. Zukünftige Entwicklung der Truppenstärke und der stationierten Hubschrauber

Wie jüngst bekannt wurde, plant die US-Armee ihren Hubschrauberstützpunkt in Mannheim zu schließen und Truppenteile nach Katterbach und Illesheim zu verlagern.

8. Wie hoch ist die Sollstärke der Hubschrauber und der Truppen am Standort Mannheim (bitte genaue Bezeichnung der Einheiten bzw. Maschinen)?

9. Welche Truppenteile und Hubschrauber werden nach derzeitigem Kenntnisstand wohin verlagert?

10. Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Überlegungen in den USA, Standorte in Bayern zu schließen bzw. umzugruppieren? Wie bewertet die Bundesregierung die mittel- und langfristige Entwicklung an den bayerischen US-Militärbasen a) Schweinfurt b) Bamberg c) Ansbach-Katterbach d) Illesheim e) Grafenwöhr f) Vilseck e) Hohenfels?

11. Wie hoch ist die Sollstärke der US-Truppen und der Hubschrauber derzeit in a) Katterbach b) Illesheim. Wie sollen sich diese Sollstärken nach der Erweiterung der militärischen Nutzflächen in Ansbach entwickeln?

12. Am 19.05.2010 berichtete die US-Armeezeitung „Stars&Stripes“ von Plänen der US-Armee, in Ansbach unbemannte Drohnen zu stationieren. Ist der Bundesregierung dieses Ansinnen bekannt? Wo sind in der Bundesregierung Drohnen der US-Armee bereits stationiert? Wie beurteilt die Bundesregierung die Stationierung von US-Drohnen grundsätzlich?

13. Welche finanzielle Lasten kämen auf die Bundesrepublik zu, falls die US-Armee ihre derzeitigen Ausbaupläne der Stützpunkte und Siedlungen in Katterbach, Ansbach-Urlas und Illesheim vollendet hätte und fünf bzw. zehn Jahre danach den Stützpunkt aufgeben würde?

C. Katterbach-Umgehung an der B14

Im Dezember 2010 wurde bekannt, dass die bayerische Staatsregierung auf Wunsch der US-Armee den Neubau einer Umgehung der Bundesstraße 14 um die Kaserne Katterbach herum als „prioritär“ eingestuft und beantragt hat obwohl diese Priorisierung der Maßnahme schon einmal 2008 seitens der Bundesregierung negiert wurde.

14. Warum fordert die US-Armee eine Umgehung der B14 um die Kasernenanlagen herum?

15. Welche Gründe gibt die bayerische Staatsregierung für die Wichtigkeit dieses Projekts an? Wie unterscheiden sich diese zur Beantragung des gleichen Projekts 2007/08?

16. Welche Fakten im Bereich Verkehrssicherheit führt der Antragsteller dafür an, die Umgehung um die US-Kaserne anderen, von Gebietskörperschaften geforderten, Straßenverkehrsprojekte in der Region Westmittelfranken (Planungsregion 8) vorzuziehen?

17. Sieht die Bundesregierung derzeit Voraussetzungen gegeben, dieses Verkehrsprojekt abweichend zu 2007/08 zu bewerten?
18. Wie hoch werden die Kosten der Katterbach-Umgehung im derzeitigen Planungsstand beziffert? Inwiefern plant die Bundesregierung das US-Militär als alleinigen Nutznießer der Maßnahme angemessen an den entstehenden Kosten zu beteiligen?
19. Wie viele Grundstückseigner wären von einem etwaigen Landbeschaffungsverfahren bei Trassenführung laut Planungsstand betroffen?
20. Hinsichtlich des Ausbaus der bestehenden Verkehrsinfrastruktur im Bereich der US-Kasernen Ansbach-Katterbach und Ansbach-Shipton hat das Staatliche Bauamt Ansbach im Sommer 2010 Verkehrszählungen durchgeführt, diese jedoch bisher nicht veröffentlicht. Warum werden diese Daten zurückgehalten? Um Bekanntgabe der Ergebnisse der Verkehrszahlen wird gebeten.

Ansbach, 25. Januar 2011

Bürgerinitiative „Etz langt's!“ e.V.

Der Vorstand